

## **„Es war ein einziges Grauen“<sup>1</sup>**

Die Deportation der Bremer Juden in das Ghetto Minsk und ihre Vernichtung

### ***Bremen 1941 aus jüdischer Perspektive***

Die systematische Einschränkung des Lebensbereiches der jüdischen Bürger der Stadt war allgegenwärtig. Der Weg in die Emigration war durch Einreisebeschränkungen und/oder staatliche Vermögensberaubung vielfach blockiert. Den täglichen Hasstiraden gegen das „Judentum“ in den Zeitungen und im Rundfunk war kaum zu entgehen. Die Wohnraumversorgung unterlag immer größeren Be- und Einschränkungen. Es trat eine strukturelle Verarmung der jüdischen Bevölkerung ein, die sich existenzbedrohend verstärkt hatte. Sie wurde von einer zunehmenden sozialen Isolierung durch Fortzug und Auswanderung von Verwandten und Freunden sowie der Abkehr von nichtjüdischen Bekannten begleitet. Verbote einer „Aussiedlung“ waren ab 1938 u.a. die „Arisierung“ von Geschäfts- und Grundeigentum, die Anordnung von Zwangsarbeit, der beschränkte Zugriff auf Privatvermögen. Ab 1941 durften Krankenhäuser keine Juden mehr aufnehmen, das Tragen des „Judenstern“ wurde ab dem 1.9. obligatorisch. Die Wohngemeinde durfte nur mit schriftlicher Erlaubnis der Ortspolizeibehörde verlassen werden. Ab dem 23.10. trat ein generelles Auswanderungsverbot in Kraft.

### ***Deportationsvorbereitungen in Bremen***

Das Landratsamt Verden: „Am 18. November werden die Juden aus Bremen und dem Regierungsbezirk Stade nach dem Osten abgeschoben. Die von der Evakuierung erfaßten Juden haben von der Staatspolizeistelle Bremen einen Evakuierungsbefehl mit der Aufforderung erhalten, sich am 17. November 1941 bei den in Bremen eingerichteten Sammelstellen zu melden.“<sup>2</sup> Der Ablauf der Deportation in das Ghetto Minsk kann für den Bremer Transport nur teilweise durch Dokumente präzise nachvollzogen werden, da nur wenige erhalten geblieben sind. Die Skizzierung des Verlaufs stützt sich daher auf Zeugenaussagen und Überlieferungen aus anderen Orten.

Am 24.10.1941 wurde vom Chef der Ordnungspolizei Daluege ein Geheimerlass in Form eines Schnellbriefes ausgefertigt: „Evakuierung von Juden aus dem Altreich und dem Protektorat – In der Zeit vom 1. November - 4. Dezember 1941 werden durch die Sicherheitspolizei aus dem Altreich [...] 50 000 Juden nach dem Osten in die Gegend um Riga und um Minsk abgeschoben. Die Aussiedlungen erfolgen in Transportzügen der Reichsbahn zu je 1 000 Personen. Die Transportzüge werden in Berlin, Hamburg [...] zusammengestellt.“<sup>3</sup> Vom Reichssicherheitshauptamt (RSHA) hat es auch Anweisungen zu Transportgröße und Abfahrtsdatum gegeben.

---

In den Tagen unmittelbar nach Erhalt des Erlasses ist in Bremen die Deportationsliste zusammengestellt worden. Sie wurde von Kriminal-Obersekretär Wilhelm Parchmann (Judendezernat der Gestapo) unter (erzwungener) Mitwirkung von Vertretern der Reichsvereinigung der Juden<sup>4</sup> erstellt. Da alle hier lebenden Juden bei der Gestapo kar-teimäßig erfasst waren, war es problemlos, die Anschriften von Familien und Einzelpersonen zu ermitteln<sup>5</sup>. Nach den Vorgaben des Judenreferenten Adolf Eichmann (RSHA) sollten keine Juden im Alter von über 65 Jahren, in deutsch-jüdischer Mischehe lebende, mit ausländischer Staatsangehörigkeit und sich im „geschlossenen Arbeitseinsatz“ befindliche, deportiert werden.<sup>6</sup> Diese Anordnung wurde jedoch nicht durchgehend beachtet, so auch in Bremen.<sup>7</sup> Zu diesem Zeitpunkt wohnten hier noch über 700 Juden. Auf der endgültigen Deportationsliste waren 443 Personen vermerkt<sup>8</sup>, unter ihnen auch der Vorsteher Josef Platzer mit seiner Ehefrau. Seine Mitarbeiter Max Jonas und Carl Katz blieben von dieser Deportation verschont.

Bereits am 31.10.1941 erhielten alle für die Deportation vorgesehenen von der jüdischen Gemeinde eine Liste mit Ratschlägen, welche Gegenstände mitgenommen werden sollten und durften. Vermutlich griffen die Verantwortlichen auf die Vorlagen der Reichsvereinigung aus Berlin zurück.<sup>9</sup>

Am Sonntag, dem 2. November, schloss Pastor Greifenhagen in seinem Reformationsgottesdienst in der St.Stephani-Gemeinde „die jüdischen Brüder und Schwestern“ namentlich in das große Fürbittgebet mit ein. Die Kollekte war für Bedürftige der Gemeinde bestimmt, von der ein Teilbetrag an die jüdischen Gemeindemitglieder weitergereicht wurde. Nach dem Gottesdienst begleiteten sie einige Frauen (es waren vier Christen jüdischer Herkunft anwesend) eingehakt über den Stephanikirchhof. In den nächsten Tagen verhaftete daraufhin die Gestapo zehn Gemeindemitglieder, darunter zwei jüdischer Herkunft. Sie kamen erst nach mehreren Tagen wieder frei.<sup>10</sup>

Am Sonntag, dem 9. November, fand eine Zusammenkunft improvisatorischen Gemeindehaus Kohlhöckerstraße 6 statt, um die Betroffenen auf die Deportation vorzubereiten. Hierüber gibt es ein Zeugnis von Julius Wertheim: „Viel Herzeleid und Tränen habe ich am Sonntag im Hause der Kultusgemeinde gesehen, als wir alle gerufen waren.“ [...] „Leute, bis 80 Jahre, müssen weg; die Fahrt geht jedenfalls nach Minsk.“<sup>11</sup> In diesem Brief vom 11. November schrieb er weiter, dass er „heute den Ausweisbefehl bekommen“ habe. Dies ist die einzige Quelle, die das Datum bestimmt, denn für Bremen ist weder der Bescheid noch des Ausfertigungsdatum bekannt.<sup>12</sup> Er schrieb weiter, dass für 4 Tage „Mundvorrat“ mitzunehmen sei.

Kurz danach<sup>13</sup> waren alle Deportationsbetroffenen und/oder Haushaltsvorstände in eine Turnhalle beordert worden, denen ein Gerichtsvollzieher eine Einziehungsverfügung über ihr „volks- und staatsfeindliches Vermögen“ zu Gunsten des Deutschen Reiches aushändigte, die vom Reichsstatthalter des Gaus Weser-Ems ausgefertigt worden war.<sup>14</sup> Zusätzlich erhielten sie ein Formular ausgehändigt, in dem ihre sämtlichen Wertgegenstände einzutragen waren. Das sollte der Finanzverwaltung nach der Deportation als Grundlage zur Abwicklung der Zwangsenteignung dienen. Die Unterlagen wurden der Gestapo übergeben.<sup>15</sup>

A b s c h r i f t

Bremen, den 11.11.41 !

Meine Lieben!

Bezugnehmend auf mein Schreiben vom Sonntag, habe ich heute den Ausweisbefehl bekommen. Leute bis 80 Jahre müssen weg, die Fahrt geht jedenfalls nach M i n s k (Russland).

Nur Ehen, die noch bestehen, werden nicht getrennt. Am Montag vorm. müssen wir uns in einem Schulgebäude sammeln und dann geht es zum Güterbahnhof.

Viel Herzeleid und Tränen habe ich am Sonntag im Hause der Kultusgemeinde gesehen, als wir alle gerufen waren.

Bereits heute mittag habe ich ein Gesuch bei der Gestapo abgegeben, doch sagte mir der Anmelder, dass ich keine Aussicht hätte, da die Ehe nicht mehr besteht.

Ich habe auch meine Frontdienste etc. dargelegt.

Mundvorrat für 4 Tage sind mitzunehmen. Heute nachm. 1/2 5 Uhr erhielt l. Elfriedes Telegramm, womit mir leider nicht gedient ist. Die Kultusgemeinde hat nichts mehr zu bedeuten.

Ich habe heute mittag von einem Kollegen der hiesigen Commerzbank bei l. Elfriede anrufen lassen und wie mir der Mann sagte, rief l. Elfriede: "Ach Gott, ach Gott!".

Ja, liebe Kinder, ich halte mich für verloren und muss heute Abschied nehmen, jedenfalls für immer.

Bitte mir ein gutes Andenken zu bewahren. Gleichzeitig bitte ich meine Kinder um Verzeihung, falls ich ihnen etwas zu Leide getan haben sollte. Nur der Reichsminister des Innern in Berlin hätteetwas für mich tun können, was nur eine arische Person tun kann.

Gestern sandte ich Euch per Einschreibebrief Geld und heute nach Uhlandstr.133 den grossen Koffer. Bitte den Inhalt zu prüfen und aufzubewahren, ferner zu bestätigen.

Anbei den Schlüssel, einen zweiten hat mein Bruder in Würzburg, den ich benachrichtigen werde.

Nochmals vielen Dank für Alles. Es grüsst und küsst Euch Eurer  
unglücklicher Vater.

Bremen am 11.11.1941: Julius Wertheim teilt der Tochter in Berlin seine bevorstehende Deportation nach Minsk mit

---

In einer Besprechung zum „Führerbefehl“ am 23.10.1941 hatte Eichmann Vorgaben für die Transporte gemacht. Es durften ein Koffer mit Ausrüstungsgegenständen bis zu 50 kg und Handgepäck mitgenommen werden, vollständige Bekleidung, festes Schuhwerk, Bettzeug mit Decke, Verpflegung für mehrere Tage und Bargeld bis zu 50 RM sowie ein Lebensmittelvorrat für drei Wochen. Die Mitnahme von Wertpapieren, Sparbüchern, Devisen, Wertsachen jeder Art (mit Ausnahme des Eheringes) und Haustieren war verboten.<sup>16</sup> Soweit genehmigt, wurde überflüssiger Hausrat zuvor verkauft.<sup>17</sup>

Die Vertreter der ehemaligen jüdischen Gemeinde handelten mit der Gestapo und der Devisenstelle aus, bedürftigen Personen 150 RM in bar auszahlen zu dürfen, um Kleidung und Verpflegung anschaffen zu können. Das Geld wurde von den noch vermögenden Gemeindemitgliedern erbeten. Das Ehepaar Elias und Therese Schragenheim stellte beispielsweise am 14.11.1941 knapp 30.000 RM zur Verfügung. Aus dem Sonderfonds wurden auch Gemeinschaftsanschaffungen zur Mitgabe nach Minsk getätigt. So wurden u.a. 30 eiserne Öfen, eine „Schusterwerkstatt und eine Zahnstation angeschafft und verladen“, die ihr Ziel jedoch niemals erreichten, da die Waggonen unterwegs abgehängt worden waren.<sup>18</sup>

Unmittelbar vor der Deportation deckten sich die Betroffenen mit Lebensmitteln ein und verwendeten dabei auch die Lebensmittelkarten, deren Zuteilungsperiode erst am 17. November begann. Sie zeigten den Einzelhändlern ihre „Evakuierungsbefehle“, aus denen hervorging, dass „für vier Tage Lebensmittel mitzubringen“ seien. Dies missfiel dem Ernährungsamt, da die Gestapo dort für die Versorgung auf dem Transport für 700 Personen Lebensmittel beantragt hatte und bewilligt bekam. Von dieser Doppelversorgung gelang es dem Ernährungsamt, nur geringe Mengen nachträglich wieder zu beschlagnahmen.<sup>19</sup> Richard Frank (einer der Überlebenden) berichtete nach dem Kriege, dass die Versorgung auf dem Transport gut gewesen sei.

Am 17. November trafen die Betroffenen aus den umliegenden Gebieten (Bezirk Stade, Bremerhaven, Verden) in Bremen ein und wurden in der Lettow-Vorbeck-Schule (heute Hermann-Böse-Gymnasium) und in der Carl-Peters-Schule (heute Oberschule Am Barkhof) einquartiert. Die Bremer Juden hatten sich gleichfalls an diesem Tag in den Sammelstellen einzufinden.<sup>20</sup> Dort wurden sie von Gemeindemitgliedern bis zur Abfahrt des Zuges betreut, die zu dieser Deportation nicht aufgerufen waren. Das Gepäck wurde z.T. im Auftrag der ehem. jüdischen Gemeinde per Auto zum Bahnhof gebracht.<sup>21</sup> Ob Betroffene auch von der Polizei „abgeholt“ wurden, ist nicht zweifelsfrei zu klären.<sup>22</sup> Die Wohnungsschlüssel waren bei der Polizei oder der Gestapo abzuliefern.<sup>23</sup> Auf ihren Einwohnermeldekarten ist unter dem 17. November der Vermerk „evakuiert“ mit dem Zusatz „aufg.d.Jüd.V.“ (vermutlich: aufgrund der jüdischen Vorfahren) eingetragen worden.<sup>24</sup> Kennkarte und Reisepass wurden ihnen belassen und mit dem Aufdruck „evakuiert“ versehen.

Am Morgen des 18. November wurden die Menschen aus den Sammelunterkünften unter Bewachung in Gruppen zum Lloydbahnhof gebracht. Vermutlich schon davor musste eine Erklärung unterschrieben werden: „Ich, der unterzeichnende Jude, bestätige hiermit

ein Feind der deutschen Regierung zu sein und als solcher kein Anrecht auf das von mir zurückgelassene Eigentum [...] zu haben. Meine deutsche Staatsangehörigkeit ist hiermit aufgehoben und ich bin vom 17. November 1941 an staatenlos.“<sup>25</sup> Verwandte und Freunde hatten die Möglichkeit zur Verabschiedung in den Sammelunterkünften und auf dem Lloydbahnhof. Hermann Grünberg, dessen Sohn Hermann deportiert wurde, berichtete: „Nach Abgang des Transportes musste ich mit den anderen Glaubensgenossen wieder zur Lettow-Vorbeck-Schule [...], um dort Aufräumungsarbeiten zu machen.“<sup>26</sup>

„Unmittelbar im Anschluss an die Deportierung von Bremen fuhren Fuhrwerke vor den betreffenden Häusern vor, luden im Auftrage des Sicherheitshauptamtes (der Gestapo) die Möbel auf und brachten sie in ein Pfandlokal. Dort wurden die Möbel versteigert.“<sup>27</sup> Die Wohnungsschlüssel waren zuvor zusammen mit der Deportationsliste von der Gestapo an den Oberfinanzpräsidenten Weser-Ems weitergereicht worden, wo für alle Deportierten eine Akte vorhanden war. Das Vermögen wurde eingezogen, die Wohnungen wurden geöffnet und überprüft, ob der hinterlassene Hausrat mit den Angaben in den Vermögensaufstellungen übereinstimmte.<sup>28</sup> Die verlassenen Häuser und Wohnungen fielen an das Deutsche Reich. Innerhalb weniger Wochen sollten sie von den Stadtverwaltungen wieder vermietet werden, damit dem Staat keine Kosten entstünden. Kriegerwitwen und Beamte wurden bei der Vergabe bevorzugt.

### **„Umsiedlung“ - war das glaubhaft?**

Mit größter Wahrscheinlichkeit waren die tödlichen Folgen der Deportation bis zum Sommer 1942 nicht absehbar und in der späteren Dimension kaum vorstellbar. In vielen Quellen kommt zum Ausdruck, dass mit der „Umsiedlung“ weitere Zwangsarbeit drohe, doch dass man den Krieg dort überleben könne. Es müsse Platz für die Ausgebombten in den deutschen Städten geschaffen und die Juden würden zum Wiederaufbau der zerstörten Kriegsgebiete im Osten benötigt werden.<sup>29</sup> Die (erzwungene) Mitwirkung der Reichsvereinigung trug nicht unwesentlich zur Entdramatisierung der Realität bei und wirkte vielfach beruhigend.<sup>30</sup> „Es konnte beobachtet werden, dass die Juden sich z.T. ein völlig falsches Bild über ihre Zukunft machten, z.B. dass sie sich als Pioniere fühlten, die zur Kolonisierung des Ostens eingesetzt werden.“<sup>31</sup>

„Deutsche Juden haben nicht geglaubt, dass ihnen etwas passieren kann, den Ostjuden vielleicht. Ich stand ja gar nicht auf der Liste und habe mich bemüht, mit meinen Eltern nach Minsk zu kommen“, so Hans Meinhardt.<sup>32</sup> Auch Bertha Wüstenbecker meldete sich freiwillig zur Deportation, um ihren Sohn Rolf Feiczewicz begleiten zu können (siehe Biografieteil). Ebenso soll Anna Ringsdorf, evang. Glaubens und Witwe eines Pastors, ihre Mutter Ida Abraham freiwillig begleitet haben. Meta Eppenstein teilte ihren Verwandten in Palästina in ihrem letzten Telegramm vom 16.11. mit: „Neue Adresse folgt.“<sup>33</sup>

Die Taktik von Verschleierung, Propaganda und Pressezensur zeigte ihre Wirkung. Sie wirkte anfangs selbst in der Auslandspresse. So berichtete der „Aufbau“ in New York<sup>34</sup>: „Fasst man die vorliegenden Meldungen zusammen, so ergibt sich, dass die Nazis die Drohung,

die in Deutschland verbliebenen Juden, soweit sie ihnen nicht für die Zwangsarbeiten wertvoll sind, abzutransportieren, durchzuführen begonnen haben. [...] Von dort (Lodz, d.V.) sollen sie zu Arbeiten im Distrikt von Rokitno gebracht werden.“ Auch in den Ausgaben bis Mitte November wird nur über die Fortsetzung der Deportationen berichtet.

### **Transport, Ankunft und Situation in Minsk**

„Mit tschechischen Personenwagen, begleitet von der Bremer Schutzpolizei, die sich sehr human verhielt, transportierte man uns nach Minsk.“<sup>35</sup> Das Gepäck war gesondert in Güterwagen untergebracht.<sup>36</sup> Der Transportzug Da 56 verließ Bremen gegen 8:40 Uhr und traf etwa um 11:30 Uhr in Hamburg (Hannöverscher Bahnhof) ein. Dort hängte man weitere Personenwagen mit 408 (407) Hamburger Juden an. Wenig später verließ der Zug den Bahnhof.<sup>37</sup> Diese Zeit könnte von Nathan Felczer bestätigt sein, der am 19.11.41 auf einer Postkarte von unterwegs an seine Tochter schrieb, sie seien um „1/2 12“ abgefahren.<sup>38</sup> Weiter: „Bis jetzt alles gut. Stimmung vorzüglich. Der Zug ist brechend voll.“ Aus Warschau konnte er am 20.11.41 erneut schreiben: „Es geht soweit ganz gut, ist natürlich alles anstrengend, aber unser Vertrauen ist groß. Bis jetzt ist es noch nicht kalt. Es geht tatsächlich nach Minsk, es ist dort augenblicklich eine Kälte von 25°.“ Eine weitere Karte schrieb er am 21.11.41: „Es ist Freitagmorgen 10 Uhr und wir sind schon tief in Russland 150 km vor Minsk. Kälte ist nicht schlimm. Stimmung gut. Wie lange die Fahrt noch dauert ist unbestimmt.“ Der Zug traf am 22. November im Güterbahnhof Minsk ein.<sup>39</sup>

Mögen eingeschränkte Lebenssituation in Bremen und Transport noch bedingt zu ertragen gewesen sein, so brach nun der Terror über die Menschen herein. Auf dem Bahnhof „sorgte lettische SS für unseren entsprechenden Empfang, der aus Kolbenhieben und Schimpfworten bestand“, berichtete Richard Frank.<sup>40</sup> Der Weg in das Ghetto war zu Fuß zurückzulegen, die Koffer wurden teilweise mit LKW transportiert. Das Gepäck, das bis 19:00 Uhr dort war, wurde ausgehändigt. Richard Frank weiter: „Dort mußten wir bei strenger Kälte 1 Tag und 1 Nacht frei verbringen. Da in dem Ghetto vorher eine Vernichtungsaktion stattgefunden hatte, mußten diese Räume erst gesäubert werden und hierfür wurden aus unseren Reihen Männer und Frauen ausgesucht. Nachdem dieses stattgefunden hatte, konnten wir unser Quartier beziehen. Großzügiger Weise wurde jede Person mit 1 1/2 qm bedacht“. Karl Loewenstein, der am 18.11. aus Hamburg eingetroffen war, berichtete über seine Ankunft: „Der Bahnhof von Minsk lag am anderen Ende der Stadt, so daß uns der Weg ins Lager endlos erschien.“ Am Abend eröffnete ihnen ein SS-Führer, dass zuvor zehntausende von Russen umgebracht worden seien, um Platz zu schaffen. „Dann las er uns vor, daß in Minsk Kriegsrecht bestünde, was alles verboten sei und daß jedes Übertreten eines Verbotes mit Erschießen bestraft würde. [...] Gleichzeitig erklärte er, der Judenälteste besäße das Prügelrecht.“<sup>41</sup>

Ein Bremer Überlebender berichtete über seine ersten Eindrücke im Ghetto gleichlautend, dass sie in Räumen untergebracht wurden, die noch kurz zuvor bewohnt waren und die Insassen durch irgend einen plötzlichen Aufbruch ihre Wohnungen hatten verlassen müssen. Er, sein Vater sowie sein Bruder hätten aus Verstecken, Kellern etc. bereits



Holzhaus, wie es auch im Ghetto stand.

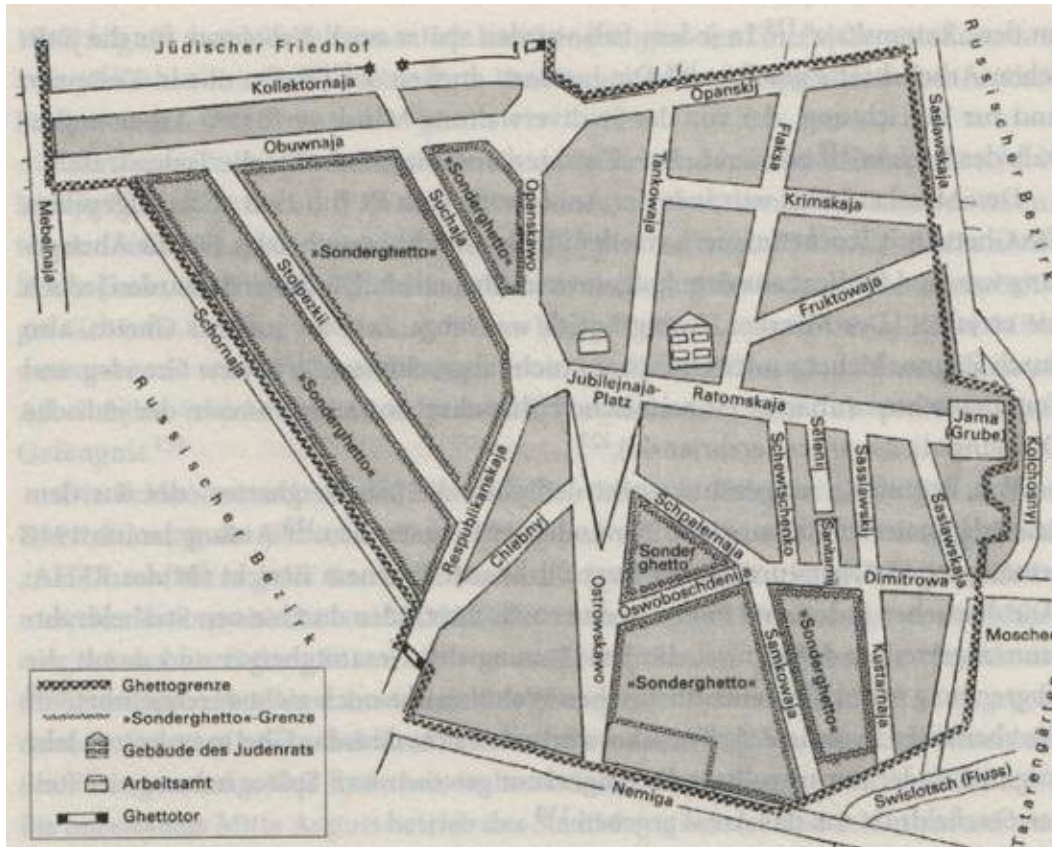
halbverhungerte russische Juden ans Tageslicht bringen aber auch erschossene und erschlagene russische Juden fortschaffen müssen. „Die Quartiere erwiesen sich als elende Holzhäuser, geplündert, demoliert, die sich zudem in einem unbeschreiblichen Zustand befanden, den sich ein Mitteleuropäer nicht vorzustellen vermag.“<sup>42</sup>

Die Stadt Minsk war am 28. Juni 1941 von deutschen Truppen erobert worden. Sie war weitgehend zerstört. Bereits im Juli wurde ein zwei Quadratkilometer großer Bereich des Stadtgebietes, der traditionell von Juden bewohnt war, ca. 40 Straßen umfassend, zum Ghetto erklärt. Die südliche Begrenzung bildete der jüdische Friedhof. Das Gebiet bestand überwiegend aus einstöckigen Holzhäusern aus der Zarenzeit. Hier wurden anfänglich bis zu 60.000 Juden zusammengepfercht: 1,5 qm pro Person, kein Strom, kein Heizmaterial bei Temperaturen im Winter unter  $-40^{\circ}$ , das Wasser kam aus Gemeinschaftsbrunnen. Um Platz für die Neuankömmlinge aus dem Reichsgebiet zu schaffen, wurden im November 1941 zwischen 12.000 und 14.000 russische Juden ermordet. Den eintreffenden knapp 7.000 reichsdeutschen Juden wurde ein gesonderter Ghettobezirk zugewiesen. Die Unterbringung erfolgte nach regionaler Herkunft, so gab es z.B. ein Bremer Lager. Im Sonderghetto I wohnten die Deportierten aus Hamburg, Düsseldorf und Frankfurt/M., es lag vermutlich in der Nähe des jüdischen Friedhofs. Das kleinere Sonderghetto II war hiervon etwas räumlich entfernt, wo die Deportierten aus Berlin, Brünn, Wien und Bremen untergebracht waren. Die Ankommenden mussten beide Sektionen selbst mit Stacheldraht umzäunen.<sup>43</sup>

Es gab zwei massive, mehrstöckige Ziegelhäuser im Sonderghetto. Sie wurden als das weiße und rote Haus bezeichnet und waren wahrscheinlich ehemalige Schulgebäude. In beiden Häusern waren neben Unterkünften provisorische Krankenstationen eingerichtet. Das rote Haus diente den ersten ankommenden Transporten vorübergehend als Unterkunft. Später lebten einige Bremer darin. Dort befand sich auch die Lagerküche, die vom „Judenrat“<sup>44</sup> betrieben wurde. In den ersten Wochen wurden dem Ghetto keine Lebensmittel zugewiesen, daher beschlagnahmte der „Judenrat“ die Lebensmittel, die die neu ankommenden Transporte mit sich führten.

## **Leben im Ghetto**

Das Leben im Ghetto war vom Verlust jeglicher Privatsphäre und Versorgungssicherheit geprägt und nicht mehr im Entferntesten mit den eingeschränkten Lebensbedingungen in Bremen vergleichbar. „Menschen lagen bei der strengen Kälte Körper an Körper, um sich gegenseitig zu wärmen. Da Licht nicht vorhanden war, legten sich die Bewohner schon vor vier [Uhr] nachmittags nieder.“<sup>45</sup> Die hygienischen Verhältnisse waren katastrophal. Es herrschte Mangel an Seife, Bädern und Toiletten. Hunger war allgegenwärtig. Berthold Rudner: „Hunger, Hunger, Hunger! Die Verpflegung des Lagers ist grauenhaft. Mal erhalten die Lagerinsassen um 9 Uhr eine Wassersuppe und abends



Plan vom Ghetto Minsk

etwas Brot. Mal gibt's solch ‚Essen‘ erst spät nachmittags. Es fiel auch schon ganz aus.“<sup>46</sup>  
 Im Januar 1942 (bei -32°) mussten alle Pelze abgegeben werden.<sup>47</sup>

Die Kälte des Winters 1941/42, Unterernährung und katastrophale Hygiene führten zu Erkrankungen und schließlich in vielen Fällen zum Tod. Rudner am 13.1.1942: „Der Tod geht um! Im Lager. Die Alten und Kranken gehen ein. Es gibt auch nur noch Massengräber. Alle paar Tage werden an die 20 Toten begraben.“ Selbstmorde häuften sich. Daneben gab es regelmäßig willkürliche Erschießungen bei Razzien durch Sicherheitspolizei (Sipo) und Sicherheitsdienst (SD)<sup>48</sup>. Dies geschah auf den Straßen, am Ghettozaun, in den Unterkünften und auf dem jüdischen Friedhof. Beispielsweise verkleidete sich der zeitweilige Lagerkommandant für die Sonderghettos SS-Oberscharführer Michael Schmiedel als Jude und spazierte um sich schießend durch das Ghetto. Der leitende Kommandant von Sipo und SD Strauch unternahm in alkoholisiertem Zustand nachts tödliche Streifzüge durch das Lager. Im Prozess gegen den Ghetto-kommandanten SS-Hauptscharführer Adolf Rube<sup>49</sup> wurden zahlreiche Fälle von willkürlichen Ermordungen bezeugt. Er soll täglich Menschen zum Friedhof gebracht und dort erschossen haben. Er war nach Martin Spanier und anderen Zeugen auch an der Erschießung von mindestens 60 Kranken beteiligt, die auf der Krankenstation lagen. Größere „Aktionen“ (gängige Umschreibung für Massentötungen) blieben in den Sonderghettos bis Sommer 1942 aus.



Opfer willkürlicher Erschießungen wurden aus Bremen der Kaufmann Erich Alexander vermutlich Anfang September 1943, weil er sich nicht zu einer Arbeitseinsatzüberprüfung gemeldet hatte; Ernst Seligmann wurde von Rübe auf dem Weg zum Friedhof erschossen, weil er vermutlich Benzin in das Ghetto geschmuggelt hatte. Auf dem Weg dahin hatte er zweimal versucht zu entkommen. Max Simon wurde erschossen, weil er sich über Rübe abfällig geäußert haben sollte und denunziert wurde. Der Verleger Arthur Rosenthal „verschwand“ im Frühjahr 1943. Dies geschah nach einer knapp vierteljährlichen Amtstätigkeit (als „Judenältester“?), in der er sich mit Nachdruck für die Ordnung im Ghetto eingesetzt hatte.<sup>50</sup>

Für beide Ghettos war ein „Judenrat“ installiert worden. Der erste „Judenälteste“ (als Vorsteher des „Judenrates“) war Dr. Edgar Franck aus Hamburg. Er wurde Anfang Februar 1942 verhaftet und starb am 8. März an den Folgen von Folter und Misshandlungen. Ihm war vorgeworfen worden, Post ins Reich versandt zu haben. Zu seinem Nachfolger wurde der Bremer Erich Harf bestimmt, der bereits sein Stellvertreter gewesen war. Es gibt eine Notiz des Generalkommissars für Weißruthenien Wilhelm Kube, dass er sich darüber beschwert habe, dass „ihm ein Altparteigenosse gedroht hat zu prügeln und ihm notfalls eine Kugel durch die Rippen zu jagen.“<sup>51</sup> Auch Rudner erwähnt ihn in seinen Tagebuchaufzeichnungen vom 12.5.1942, nachdem ein Offizier angeschossen wurde: „Der Lagerleiter Harf und 12 Mann wurden verhaftet und mußten stundenlang mit dem Gesicht zur Wand auf dem Korridor der SS zubringen, bis er und die Seinen enthaftet wurden, da der Schuß von einem Soldaten ausgegangen sein soll.“<sup>52</sup> Erich Harf wurde im Sommer 1942 ermordet, die näheren Umstände sind nicht bekannt. Aufgabe des „Judenrates“ war es, die Arbeitseinsätze zu koordinieren und einen Ordnungsdienst zu bilden. Weiter musste ein Lagergericht gegründet werden. Kleinere Vergehen wurden mit Auspeitschungen oder mit Anbinden an einem Pfahl (dazu ein Schild mit der „Verfehlung“ umgehängt) geahndet.

Von den Bewohnern des Sonderghettos waren nur bis zu 1.400 Personen zur Zwangsarbeit eingesetzt. Sie wurden jeden Tag in Kolonnen zu ihren Arbeitsstellen gebracht bzw. mit LKW abgeholt. Trotz teilweiser Schwerstarbeit bestand für sie durch den Arbeitseinsatz ein vorübergehender Schutz vor den ständig stattfindenden Übergriffen, sie wurden besser ernährt und konnten mitunter Lebensmittel (trotz Androhung von Erschießung) in das Ghetto schmuggeln. Die meisten wurden von der Wehrmacht angefordert. Die Arbeitsplätze waren begehrt, da es gelegentlich Unterstützung von Wehrmachtsangehörigen gab und einige sogar gerettet wurden. Andere waren bei der Zivilverwaltung/Stadtkommissariat eingesetzt. Martin Spanier war zeitweise im Straßenbau, im Schneeräumkommando am Minsker Bahnhof, in einer Teer- und Dachpappenfabrik und bei einem Bunkerbau im Kriegslazarett beschäftigt. Heinz Menkel arbeitete im Soldatenheim, einem der begehrtesten Kommandos. Walter Blumert arbeitete, dank der Vermittlung seines Onkels Gustav Spiegel aus Hamburg, der Mitglied des „Judenrates“ war, in der Ghettobäckerei, im Beutelager, im Luftgaukommando und im SS-Feldlabor, wo er Versuchstiere betreuen und bei Tierversuchen mithelfen musste.

Der Ghettokommandant Rübe veranlasste 1943 erneut die Abgabe der letzten noch vorhandenen Wertgegenstände, Uhren, Pelzmäntel und Koffer. Verweigerungen wur-

den mit sofortiger Erschießung bestraft. Diese Gegenstände konnten existentiell sein, dienten sie doch als wertvolle Tauschobjekte für Lebensmittel oder als Schutz gegen Kälte. Tauschgeschäfte, obwohl sie untersagt waren, fanden am Ghettozaun, unter den deutschen Ghettobewohnern, aber auch mit den weißrussischen Juden statt, die bessere Verbindungen zur Außenwelt hatten. Hierbei gab es immer wieder Tote.

### Liquidationen

Bis zum Sommer 1942 blieben die reichsdeutschen Juden von „Großaktionen“ verschont. Das ist zum Teil auf die Haltung des Generalkommissars Kube zurückzuführen. Ihn „störte“ insbesondere, dass sich unter den Deportierten Weltkriegsveteranen sowie alte und gebrechliche Menschen befanden. Er wandte sich nicht grundsätzlich gegen

eine Ermordung, plädierte aber für eine möglichst „humane“ Tötungsart. „Soll man die Litauer und Letten [...] mit der Abschlachtung beauftragen? Ich könnte es nicht.“<sup>53</sup> Möglicherweise beförderte dies u.a. den Einsatz von Gaswagen.



Erschießungsgrube (Jama) im Ghetto Minsk

Am 2. und 3.3.1942 wurden etwa 3.500 russische Juden direkt im Ghetto an einer großen Baugrube erschossen. Zeuge war Adolf Eichmann. Bald darauf kam es zur größten „Aktion“ im Ghetto. Im Bericht des Generalkommissars Kube

vom 31.7.1942 hieß es lapidar: „In Minsk-Stadt sind am 28. und 29. Juli 1942 rd. 10.000 Juden liquidiert worden, davon 6.500 russische Juden, überwiegend Alte, Frauen und Kinder – der Rest bestand aus nicht einsatzfähigen Juden, die überwiegend aus Wien, Brünn, Bremen und Berlin im November v. J. nach Minsk auf Befehl des Führers geschickt worden sind.“<sup>54</sup> Die deutschen Opfer stammten vor allem aus dem Sonderghetto II, das nach dem Massaker aufgelöst wurde. Sie wurden mehrheitlich in Gaswagen auf dem Weg nach Blagowschtschina erstickt. Es ist davon auszugehen, dass die zu jenem Zeitpunkt noch lebenden Bremer, die nicht einem Arbeitskommando angehörten oder im Sonderghetto I untergebracht waren, Opfer dieser „Aktion“ wurden.

Ein Bremer Überlebender berichtete, dass er, wie auch alle anderen in den Arbeitskommandos, auf Anordnung Rübes abends nicht ins Ghetto zurückkehren durfte. Als er am dritten Tag ins Lager zurückkam, waren sämtliche Menschen verschwunden, so auch seine Eltern. In einigen Betten lagen noch Erschossene, die krank und bettlägerig gewesen waren. Er wurde danach mit den anderen im Sonderghetto I untergebracht. Ein anderer Überlebender musste die verlassenen Wohnungen nach Wertgegenständen durchsuchen. Die Hinterlassenschaften wurden in das Opernhaus gebracht und dort

---

sortiert. Günther Frank (zuletzt Legion-Condor-Straße 1/heute Parkstraße) sowie dessen Mutter wurden Opfer dieses Pogroms. Sein Vater Richard und Bruder Hans befanden sich in einem Arbeitskommando. Hans hatte zuvor die Stelle von Günther eingenommen, da dieser krank war und in seiner Unterkunft im Ghetto blieb.

Die „Judenräte“ wurden danach aufgelöst, die Überlebenden wurden im Sonderghetto I noch weiter zusammengepfercht. Heinz Rosenberg: „Die Not im Ghetto war noch größer geworden. Die SS hatte die Überlebenden auf engem Raum zusammengedrängt. Diese hatten weder Kleidung noch irgend etwas, das sie zum Leben benötigten. Jeder teilte mit diesen Ärmsten, was er nur irgend entbehren konnte.“<sup>55</sup>

Nach dem Pogrom lebten noch ca. 2.600 Deportierte im Sonderghetto. Ab Frühjahr 1943 wurden auch sie in diversen „Aktionen“ ermordet, größtenteils bei einem Massaker am 8.5.1943. Bei der Auflösung des Ghettos ab September 1943 lebten noch ca. 1.000 Deutsche. Am 14.9. wurden ca. 300 von ihnen - vor allem junge, alleinstehende Männer im Alter von 16 bis 30 Jahren – vom Ghettokommandanten Rube selektiert. Sie wurden zunächst nach Lublin und von dort in weitere Lager im Generalgouvernement deportiert. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, wurden die im Sonderghetto Verbliebenen gemäß Räumungsbefehl vom 21.6. des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei Heinrich Himmler bis Oktober 1943 umgebracht.

Im Ghetto waren zwischen 60.000 und 80.000 russische Juden interniert. Der überwiegende Teil von ihnen wurde ermordet. Genaue Zahlen liegen nicht vor. Die heutige weißrussische Forschung geht davon aus, dass 3.000 von ihnen von sowjetischen Partisaneneinheiten aufgenommen wurden. Minsk wurde am 3.7.1944 von der Roten Armee befreit. Nach gegenwärtigen Erkenntnissen überlebten lediglich zwischen 50 und 60 Menschen, mehrheitlich junge Männer, ihre Deportation nach Minsk.

### ***Malyj Trostenez***

Malyj Trostenez ist heute ein Vorort von Minsk und liegt ungefähr 11 km südöstlich von der Stadt entfernt. Der Name steht für die größte Vernichtungsstätte auf dem Gebiet der besetzten Sowjetunion. Im Gebiet des ehemaligen Dörfchens befindet sich der Wald von Blagowschtschina mit der Massenvernichtungsstätte.

Ende März 1942 besuchten nacheinander Himmler und Heydrich das Ghetto in Minsk. Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD Reinhard Heydrich kündigte dabei die weitere Deportation von 25.000 reichsdeutschen Juden an. Der Stadtkommandant versuchte dies mit der Begründung abzuwehren, im zerstörten Minsk gäbe es keine Unterkünfte mehr und die Lebensmittelversorgung sei nicht gewährleistet. Heydrich befahl daraufhin, die eintreffenden Transporte nach ihrer Ankunft umgehend zu liquidieren. Der Sipo-Kommandeur Strauch richtete daraufhin die Massenvernichtungsstätte ein.

Am 1.5.1942 traf der erste Transport aus Wien mit 1.000 Menschen ein. Nur 81 von ih-

---

nen wurden zur Zwangsarbeit „ausortiert“. An den Tagen davor hatten Angehörige der Waffen-SS auf einer Lichtung eine große Grube ausgehoben. Sofern die Menschen nicht in Gaswagen auf dem Weg dorthin bereits getötet wurden, wurden sie an der Grube erschossen. Die „Aktion“ wurde vom Judenreferenten des KdS Kurt Burkhardt geleitet. Bis zum 9.10.1942 trafen 16 Transporte ein. Sie kamen aus Wien (9), Theresienstadt (5), Königsberg und Köln. Es wurden etwa 16.000 Menschen ermordet.

Nach Schätzungen deutscher Historiker wurden an diesem Ort insgesamt bis zu 60.000 Menschen umgebracht (mitteleuropäische und russische Juden, deutsche Juden aus dem Ghetto, Zivilisten, Partisanen). Die letzten Massenmorde fanden im September 1943 bei der Auflösung des Minsker Ghettos statt. Die NS-Täter waren sich der Ungeheuerlichkeit ihrer Taten sehr wohl bewusst und ordneten an, die Spuren zu verwischen. Zwischen Oktober und Dezember wurden von einem Häftlingssonderkommando, von der SS zusammengestellt, die Leichen exhumiert und teilweise verbrannt. Im Anschluss daran wurden die Häftlinge in Gaswagen erstickt.

In der Nähe der Exekutionsstätte befand sich das Zwangsarbeiterlager Malyj Trostenez und diente als „Gut des Kommandeurs“.

### **Überlebende**

Zur Gruppe der selektierten 300 Männer zählten nach gegenwärtigem Erkenntnisstand die Bremer Ernst-Moritz Abraham, Hermann Altgenug, Moritz Cohen, Fredy Deichmann, Hans Frank, Richard Frank, Heinz Menkel, Kurt Menkel, Nathan Wand und Walter Warschauer sowie Kurt Anspacher (Achim), Werner Blumert (Zeven), und Martin Spanier (Verden).

Am 4.8.1944 erreichten, aus dem KZ Plaszow (bei Krakau) kommend, einige Bremer dieser Gruppe das KZ Flossenbürg. Moritz Abraham starb am 23.2.1945 im KZ Flossenbürg; Hermann Altgenug wurde von dort am 14.1.1945 in das Außenlager Altenhammer überstellt, sein Todesdatum ist nicht bekannt; Moritz Cohen starb am 15.3.1945 im KZ Flossenbürg; Fredy Deichmann starb am 6.11.1944 im KZ Flossenbürg; Nathan Wand wurde am 21.8.1944 in das KZ Natzweiler-Struthof verlegt, sein Todesdatum ist nicht bekannt; Walter Warschauer wurde am 21.8.1944 in das KZ Natzweiler-Struthof verlegt, er starb am 24.3.1945 im KZ Neuengamme. Kurt Menkel wurde im September 1943 willkürlich in Lublin erschossen.

Die Internierung im KZ Flossenbürg und den tagelangen Todesmarsch am 20.4.1945 zum KZ Dachau überlebten Hans Frank, Richard Frank und Heinz Menkel. Kurt Anspacher wurde am 26.1.1945 in das Außenlager Kamenz des KZ Groß-Rosen, danach in die Konzentrationslager Mauthausen und Dachau überstellt. Werner Blumert wurde am 14.8.1944 in das Außenlager Hersbruck des KZ Flossenbürg überstellt und im KZ Dachau befreit. Martin Spanier wurde nach zahlreichen Stationen des Zwangsarbeitseinsatzes schließlich im Ghetto Theresienstadt befreit.



Oben: Skulpturengruppe von Leonid Lewin, Aleksandr Finskij und Elsa Pollak – Zentrales Gedenkzeichen für die Opfer des Holocaust in Belarus

Unten: Skulptur (Leonid Lewin) auf dem jüdischen Friedhof in Minsk – im Hintergrund die wenigen Grabsteine, die übrig blieben

- 1 Rosenberg, Heinz: Jahre des Schreckens, Göttingen 1992, S.47 (Überlebender aus Hamburg).
- 2 Weidemann, Jürgen: "Hunger, Krankheit und Tod waren allgegenwärtig" Vom Leben in Minsk – und danach, S. 23, in: Röpcke, Andreas/Rohdenburg, Günther (Hg.): Es geht tatsächlich nach Minsk, Bremen 2001.
- 3 in: Rürup, Reinhard: Topographie des Terrors, Berlin 2000 (12. A.), S.117.
- 4 Die zuvor bestehende Israelitische Gemeinde Bremen war am 4.6.1939 per Gesetz in die "Reichsvereinigung der Juden in Deutschland" überführt worden.
- 5 Parchmann erklärte, er habe die Liste nach den Vorgaben des RSHA aufgestellt und sie seinen Vorgesetzten Schulte und Dr. Zimmermann vorgelegt. Er bediente sich dabei der Mithilfe von Emmy Stempel, Sekretärin bei der Reichsvereinigung (sie stand selbst mit ihrer Familie auf der Liste und wurde in Minsk ermordet). In: StA Bremen 4,66-I 7840 Nette, Bl. 291.
- 6 Gottwaldt, Alfred: Die Deportation der Berliner Jüdinnen und Juden nach Minsk 1941/41, in: Reuss, Anja/Schneider, Kristin (Hg.): Berlin-Minsk, Berlin 2013, S.39 f.
- 7 Nach einer Auswertung der Deportationsliste durch den Verfasser, bestanden bei nahezu allen über 65-jährigen Bremern familiäre Zusammenhänge, die berücksichtigt wurden bzw. bei denen um Zusammenbleiben gebeten wurde. So auch die Aussage von W. Parchmann (in: StA Bremen 7,215-45).
- 8 Stand der gegenwärtigen Forschung; Altersgliederung für die gesamte Deportationsgruppe (insges. 570) nach einem Schreiben der Gestapo vom 12.1.1942 (StA Bremen 3-J.5. Nr. 218): vom Verf. zusammengefasst: 0-14 Jahren = 83 Personen, 14-20 = 41, 20-60 = 336, 60-89 = 110.
- 9 Aussage Gemeindegemeindeführerin (St. Stephani) Maria Köppen, in: StAB 3-D.7.Nr.2.S.
- 10 ausführlich hierzu: Koch, Dieter: Die Deportation von Christen jüdischer Abstammung aus der St. Stephani-Gemeinde in Bremen und Haltung der Gemeinde in dem Konflikt, in: Röpcke/Rohdenburg, Es geht tatsächlich... a.a.O, S.35 ff.
- 11 Brief vom 11.11.1941 an seine Tochter Elfriede in Berlin. (in: StA Bremen 4,54-E10542).
- 12 Die Bremer Gestapoakten wurden Ende Februar 1945 weitgehend vernichtet. Ein weiterer Grund könnte sein, dass der Deportationsbescheid mitzubringen und abzugeben war. So in einem Deportationsbefehl vom 26.3.1942 aus Wunstorf: "Dieses Schreiben haben Sie bei der Evakuierung unterschrieben abzuliefern" (aus: www.juedische-geschichte-hameln.de/1933bis1945/8deportation/1942.html - Stand 5/2017). Die Gestapobeamten Schulte und Parchmann gaben an, dass die Deportationsbescheide vom Leiter des Gaus Weser-Ems "Reichsstatthalter" Carl Röver unterzeichnet waren (in: StA Bremen 7,215-45).
- 13 Balcar nimmt dafür den 10.11. an, weil die Einzugsverfügung mit diesem Tag datiert (Balcar, Jaromír (Hg.): Raub von Amts wegen, Bremen 2014, S.183). Dazu steht im Widerspruch, dass Wertheim den "Ausweisbefehl" erst am 11.11. erhalten hat. Die Zusammenkunft wird daher vermutlich erst einige Tage später stattgefunden haben. Das Ausfertigungsdatum spiegelt m.E. lediglich den behördlichen Vorbereitungsablauf wider.
- 14 Erlass des Führers und Reichskanzlers über die Verwertung des eingezogenen Vermögens von Reichsfeinden vom 29. Mai 1941, RGBl. I. S.303; Verfügung an Henriette Bromberger vom 10.11.1941, in: StA Bremen 4,54-Ra394.
- 15 Der Ablauf dieser staatlichen Beraubung war zuvor präzise in einer Anordnung des Reichsministers der Finanzen vom 4.11.1941 festgelegt worden (in: StA Bremen 4,42/3-89).
- 16 So in einem Schreiben der Gestapo Kiel vom 15.11.1941. In perfider Weise enthält dieses Schreiben eine interne Anordnung, dass das mitgebrachte Bargeld zu beschlagnahmen sei. (www.stolpersteine-elmshorn.de/themen/juden/loewenstein.htm (Stand 5/2017). In Berlin wurde die Deportationsbenachrichtigung vom 21.11.1941 von der Kultusvereinigung ausgestellt. Sie enthielt weit differenziertere Hinweise und auch Ratschläge. Dem Schreiben waren noch zwei Merkblätter beigefügt (Anleitung zum Packen und Inhalts des Gepäcks). (www.objekte.jmb-berlin.de/object/jmb-obj-161214;jsessionid=11684142C49637768BDCE770F5A48D04 (Stand 5/2017).
- 17 Nathan Wand beantragte am 30.10.1941 bei der Devisenstelle die Genehmigung, Möbel verkaufen zu dürfen. (in: StA Bremen 4,42/3-40).
- 18 Aussage Carl Katz vor dem Landgericht Bremen am 7.7.1961, in: StA Bremen 4,54-E4808/R, Blatt 40. Rosa Weiss beantragte am 13.11.1941 die Freigabe von 2.250 RM für "Anschaffungen und Reise zur Evakuierung", die bewilligt wurde; in: BADV Berlin, OFP Weser-Ems, Ra5668.
- 19 Schreiben des Leiters des Ernährungsamtes vom 4.12.1941, nach Bruss, Regina: Die Bremer Juden unter dem Nationalsozialismus, Bremen 1983, S.155 f.
- 20 Dieser Tag wird im Brief von Julius Wertheim exakt angegeben; siehe auch Aussage von Elisabeth Grünberg (in: Röpcke/Rohdenburg, Es geht tatsächlich... a.a.O, S.129). Der Aussage von H. M. (Hemelinger Bahnhofstraße 16) in einem Nachkriegsprozess lässt sich ebenfalls entnehmen, dass er am Tag vor dem Abtransport in einer Schule untergebracht wurde. Auch Inge Berger bestätigt in ihren Erinnerungen (noch unveröffentlicht: Roses in a forbidden garden) die Aufforderung, sich am Tag zuvor in eine der Sammelstellen einzufinden.
- 21 Aussage Helmuth Schmidt (in: StA Bremen 4,66-I 7840 Nette, Bl. 270 ff.). Er transportierte auch das Gepäck von den Sammelstellen (nach ihm waren es drei Schulen) zum Lloydbahnhof.
- 22 Max Markreich spricht in seinem Buch aufgrund von zwei Augenzeugenberichten von "Abholung" aus der Keppler- und der Georgstraße (jeweils "Judenhäuser"), in: Markreich, Max: Geschichte der Juden in Bremen und Umgegend, Bremen 2009 (2. A.), S.229.
- 23 Schreiben der Israelitischen Gemeinde (Unterschrift Carl Katz) vom 31.10.1949, in: StA Bremen 4,42/3-87.

- 24 Das ist als ein weiteres Indiz dafür anzusehen, dass die Wohnungen an diesem Tag geräumt waren.
- 25 Weidemann, Hunger... a.a.O., S.23; Das wird aus Bremen von Martha Jahn (Schwester von E.M. Abraham) bestätigt. Dazu B. Nette (Gestapo): Der Gerichtsvollzieher hat Dokumente unterschreiben lassen (in: StA Bremen 4,66-I 7840 Nette, Bl. 312). Mit dieser Erklärung sollte über die Aufgabe der deutschen Staatsangehörigkeit der staatliche Vermögensraub zusätzlich "legalisiert" werden. Erst mit der Fften Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25.11.1941 wurde dann gesetzlich geregelt, dass Juden ihre Staatsangehörigkeit verlieren, wenn sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland haben.
- 26 in: Röpcke/Rohdenburg, Es geht tatsächlich... a.a.O., S.128; So auch Martha Jahn a.a.O.
- 27 Schreiben der Israelitischen Gemeinde (Unterschrift Carl Katz) vom 31.10.1949, in: StA Bremen 4,42/3-87.
- 28 Bericht A. Prestin über die Verwertung des jüdischen Vermögens beim Oberfinanzpräsidenten Weser-Ems vom 1.9.1946, in: StA Bremen 4,42/3-87.
- 29 so Heinz Rosenberg (s. Endnote Nr.1).
- 30 nach: Kosmala, Beate: Zwischen Ahnen und Wissen, in: Kundrus/Meyer, Deportation a.a.O.; auch die Deportationsvorbereitungen der Vertreter der Bremer Juden unterstreichen diese Ansicht.
- 31 Aus einem Bericht der Einsatzgruppe A nach dem Eintreffen des Hamburger Transportes in Minsk am 10.11.1941, zitiert in Meyer, Beate: Die Verfolgung und Ermordung der Hamburger Juden 1933-1945, Hamburg 2006, S.63.
- 32 Hans Meinhardt war aus Hamburg deportiert worden. In: Weidemann, Hunger, a.a.O., S.24.
- 33 StA Bremen 4,54-E9924.
- 34 Aufbau Nr. 43/1941 vom 24.10.1941.
- 35 nach Martin Spanier (Überlebender aus Verden), in: Weidemann, Hunger... a.a.O., S.24.
- 36 nach Aussage des Gestapobeamten Nette waren dem Personentransport 10 Waggons angehängt, die u.a. auch Handwerkszeug aller Art, Nähmaschinen, Hausrat, Öfen usw. enthielten (in: StA Bremen 4,66-I Nette).
- 37 Das Internationale Institut für Holocaust-Forschung, Transport Zug Da 56 von Hamburg. Deutsches Reich nach Minsk, Ghetto am 18/11/1941, in: db.yadvashem.org/deportation/transportDetails.html?language=de&itemId=9442026 (Stand 5/2017).
- 38 Röpcke/Rohdenburg, Es geht tatsächlich... a.a.O., S.134 (Der Hinweis dürfte sich auf die Hamburger Abfahrtszeit beziehen, da die Bremer durch die Verabschiedung bekannt gewesen sein dürfte).
- 39 Gottwaldt, Alfre d: Die "Judendeportationen" aus dem Deutschen Reich 1941-1945, Wiesbaden 2005, S.95; Wilhelm Mosel, Hamburg Deportation Transport to Minsk; Martin Spanier in einer Zeugenaussage 1949; nach Loewenstein lag der Bahnhof "am anderen Ende der Stadt".
- 40 StA Bremen 4,66-I. 7840 Nette, Bl. 182; so auch Martin Spanier: "Wir wurden von der SS mit Peitschenhieben empfangen" (in: Weidemann, Hunger... a.a.O., S.55).
- 41 Karl Loewenstein, Minsk, in: Bundeszentrale für Heimatdienst (Hg.), Schriftenreihe Heft 51, Bonn 1961, S.15 ff.
- 42 Rudner, Berthold: Aufzeichnungen aus dem Ghetto Minsk, a.a.O., S.383 (es ist das einzig erhalten gebliebene Dokument über das Leben im Ghetto, das vor Ort aufgezeichnet wurde), in: Petra Rentrop, Berthold Rudners Aufzeichnungen aus dem Ghetto Minsk, in: Benz et al., Nationalsozialistische Zwangslager, Dachau/Berlin 2011.
- 43 Diese und weitere Beschreibungen zur Situation im Ghetto und der Vernichtungsstätte Malyj Trostenez stützen sich auf die grundlegenden Arbeiten von Petra Rentrop: Tatorte der "Endlösung", Berlin 2011, sowie: Rentrop-Koch, Petra: Die "Sonderghettos" für deutsche Jüdinnen und Juden im besetzten Minsk (1941-1943), in: Meyer, Beate (Hg.): Deutsche Jüdinnen und Juden in Ghettos und Lagern (1941-1945), Hamburg 2017.
- 44 Der "Judenrat" wurde vom Ghettokommandanten eingesetzt und hatte Organisationsaufgaben zu erledigen.
- 45 Loewenstein, Minsk a.a.O., S.20.
- 46 Rudner, Aufzeichnungen a.a.O., S.391.
- 47 Dem RSHA wurde das Ergebnis gemeldet: 329 Mäntel, 159 Jacken, 128 Felle, 300 Muffe, 2146 Pelzkragen, 100 Pelzkappen, 440 Boas. Zitiert in: Rentrop, Berthold Rudner, a.a.O., S.384.
- 48 Teilorganisationen des Reichssicherheitshauptamtes unter der Leitung von Reinhard Heydrich.
- 49 Schwurgericht Karlsruhe, Urteil vom 15.12.1949.
- 50 Zeugenaussagen Überlebender (anonymisiert) aus dem Bremer Transport.
- 51 Hoppe, Bert: Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933-1945, Band 8 Sowjetunion mit annektierten Gebieten II, Berlin/Boston 2016, S.179.
- 52 Rudner, a.a.O., S.408.
- 53 in: Hilberg, Raul: Die Vernichtung der europäischen Juden, 3 Bde., Frankfurt/M 1990, Bd. 2, S. 372.
- 54 in: Rentrop, Tatorte a.a.O., S.149.
- 55 Rosenberg, a.a.O., S.50.

Anmerkung zu Tätern: Wilhelm Kube war ab dem 17.7.1941 Generalkommissar für Weißruthenien. Er wurde am 22.9.1943 durch eine Bombe einer weißrussischen Partisanin in Minsk getötet. Eduard Strauch war ab Dezember 1941 Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD in Weißruthenien. Er wurde in einem der Nürnberger Nachfolgeprozesse zum Tode verurteilt, aber wegen Verbrechens in gleicher Position in Wallonien nach Belgien ausgeliefert. In Lüttich wurde er wegen Erschießung von Kriegsgefangenen erneut zum Tode verurteilt (1949). „Wegen Geisteskrankheit“ wurde das Urteil nicht vollstreckt. Er starb 1955 in einer Heilanstalt in Uccle (Belgien). Adolf Rube war SS-Hauptscharführer und ab Februar/März 1942 Kommandant des Ghettos. Er wurde 1949 in Karlsruhe zu lebenslanger Haft verurteilt. 1962 aus der Haft entlassen, starb er 1974. SS-Oberscharführer Michael Schmiedel war wahrscheinlich von Dezember 1941 bis zum Frühjahr 1942 Lagerkommandant des Sonderghettos. Ob er nach dem Krieg für seine Morde belangt wurde, konnte nicht ermittelt werden; er starb 1952.